

ANGELIKA TIMM

Wo ist die israelische Linke?

Als am 27. Dezember 2008 die israelische Luftwaffe die so genannte Operation »Gegossenes Blei« begann und damit nicht nur offiziell der Hamas-Regierung, sondern de facto auch den 1,5 Millionen Palästinensern im Gaza-Streifen den Krieg erklärte, reagierte die israelische Öffentlichkeit kaum überrascht. Für die meisten Bürger war der – nach einem brüchigen sechsmonatigen Waffenstillstand – erneut zu erwartende tägliche Beschuss israelischer Orte im Süden des Landes durch Kassam-Raketen nicht hinnehmbar. Die über Monate anhaltende israelische Blockade des Gazastreifens und die damit verbundene Notsituation der palästinensischen Zivilbevölkerung hingegen wurden aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend ausgeklammert. »Israel darf sich keine militärische Blöße geben; es muss Stärke beweisen«, skandierten Politiker verschiedenster Couleur wieder und wieder. Angesichts der Traumata der Vergangenheit, aber auch des Fiaskos des Zweiten Libanonkrieges erscheint diese Haltung in gewissem Maße nachvollziehbar. Dennoch wird sich die israelische Regierung fragen lassen müssen, inwieweit sie politische Alternativen zum Krieg ausgelotet hat. »Abschreckung« und »Vergeltung« sind Leitlinien israelischer Regionalpolitik seit Gründung des Staates. Sie mögen den Erfahrungen jüdischer und israelischer Geschichte entsprechen, reichen jedoch nicht aus, Israel als modernen Staat zu leiten und diesen dauerhaft im Nahen Osten zu verankern.

Als Anstoß für die jüngste Militäraktion gegen die Palästinenser kam ein weiteres Motiv hinzu. Sowohl Verteidigungsminister Ehud Barak von der Arbeitspartei als auch Außenministerin Tzipi Livni (Kadimah) suchten vor den für den 10. Februar 2009 angesetzten Parlamentswahlen militärische und politische »Stärke« zu beweisen. Sie sind daran interessiert, den in allen Umfragen vorhergesagten Wahlsieg Benjamin Netanjahus und des Likud zu verhindern oder wenigstens zu schmälern. Uri Avnery, Träger des alternativen Friedensnobelpreises, geht sogar so weit, die Aktion »Gegossenes Blei« als »Wahlkrieg« zu bezeichnen.

Ist der Friedensaktivist Avneri, in Deutschland gern zitiert als Vertreter des »anderen« Israel, der alleinige Beleg dafür, dass es in der »einzigsten Demokratie des Nahen Ostens« unterschiedliche Positionen und kritische Stimmen gibt? Wer repräsentiert die israelische Linke heute und wie artikuliert sie sich?

Die israelische Bevölkerung ist weder sozial noch politisch homogen. Das zeigt sich auch in Zeiten der Krise. Während zu Beginn der militärischen Offensive noch die übergroße Mehrheit hinter der Regierung stand, nahm die Unterstützung nach dem Einsatz von Bodentruppen

deutlich ab. Dennoch gilt bis heute: Die Gefährdung der israelischen Bevölkerung im Negev und die im Einsatz befindlichen Soldaten stehen im Mittelpunkt öffentlichen Besorgnisses; die unvergleichlich größeren Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung werden weitgehend ausgeblendet. Patriotische und nationalistische Gefühle und Stimmungen dominieren. Nicht zu übersehen ist jedoch auch, dass sich viele Israelis, die in der Mitte des politischen Spektrums zu verorten sind, hilflos fühlen und den Krieg daher aus ihrem Bewusstsein verdrängen. Nicht wenige sind deprimiert, desillusioniert und zunehmend gleichgültig gegenüber dem Schicksal anderer.

Nicht so die Mehrheit der arabischen Bürger des Landes – über 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Weit davon entfernt, sich mit Hamas zu solidarisieren, demonstrieren sie auf Kundgebungen und in der arabischen Presse Solidarität mit ihren palästinensischen Brüdern und Schwestern im Gazastreifen. Ihre Protestaktionen, aber auch die ihnen auferlegten Restriktionen seitens der Staatsmacht – während der letzten Tage wurden Dutzende arabische Bürger verhaftet, weil sie an Demonstrationen teilgenommen hatten – vertiefen die Kluft zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit im Staat

Israel. Die hebräische Tageszeitung Haaretz verurteilt in ihrem Leitartikel vom 6. Januar das restriktive Vorgehen der Regierung und betont, eine demokratische Gesellschaft müsse auch in Kriegszeiten jedem Bürger das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung gewähren.

Kaum in der israelischen wie internationalen Presse widergespiegelt wird der Fakt, dass vom ersten Kriegstag an israelische Friedensaktivisten ein Ende der Gewalt und den Beginn von politischen Verhandlungen (auch mit Hamas) fordern. Nahezu täglich finden in größeren und kleineren Ortschaften Israels Demonstrationen bzw. Kundgebungen statt, an denen hunderte, mitunter auch tausende Menschen teilnehmen. Nach Beginn der Bodenoffensive fanden sich am 3. Januar in Tel Aviv sogar etwa 10.000 friedensbewegte Menschen zusammen. Auch im Süden Israels, in der Hauptstadt des Negev Beersheva, riefen Juden und Araber zu gemeinsamen Aktionen auf, um dem Töten ein Ende zu setzen.

Unter den linken Parteien ist es vor allem die von der Kommunistischen Partei geführte Chadasch, die seit dem 27. Dezember unentwegt ihren Protest artikuliert. Merez-Politiker zeichnen sich dagegen bisher eher durch Zurückhaltung aus. Die Hoffnung, Wählerstimmen zu gewinnen, oder die Furcht, diese zu verlieren, mag auch hier mitwirken.

Unabhängig von Wahlkampfüberlegungen agiert eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen. So verabschiedeten beispielsweise bereits am Silvestertag 23 israelische Frauenorganisationen eine gemeinsame Erklärung, in der sie ein Ende der Bombardierungen und den Beginn von Friedensgesprächen forderten. Couragierte Journalisten, wie Gideon Levy und Amira Hass, veröffentlichten täglich in der liberalen Tageszeitung Haaretz kritische Berichte und Kommentare. Mutige Stimmen aus der Mitte des politischen Spektrums kamen am 8. Januar erstmals auch von Soldaten, die den Kriegsdienst verweigern. Ihre Worte, fixiert auf Spruchbändern vor

dem Sitz des Verteidigungsministers in Tel Aviv, sind Forderung und Hilferuf zugleich: »Stoppt das Töten – Beginnt zu verhandeln!«, »Die Zerstörung Gazas gebiert Terror!«, »Nein zum Töten von Zivilisten in Gaza und Sderot!«, »Weigert Euch, in Gaza zu kämpfen!« Einer der Wehrkriegsverweigerer bekennt, dass es ihm nicht leicht fällt, hier zu stehen: »Man nennt mich einen Verräter und Feigling, aber es gehört Mut dazu, in dieser Zeit den Kriegsdienst zu verweigern« – gewiss mehr Mut, als an der Front aus einem gesicherten Kampfjet oder Panzer heraus auf unbewaffnete Menschen zu schießen!

Europäische Medien betonen nicht selten, äußerer Druck müsse die israelische Regierung veranlassen, den Krieg zu beenden. Zweifellos nehmen USA und EU ihre internationale Aufgabe z. Zt. nicht ausreichend wahr. Dennoch sei an dieser Stelle zu bedenken gegeben, dass letztlich die innere Verfasstheit eines Landes zählt. Noch sind in Israel zu wenige mutige Stimmen zu hören, die sich der Kriegsmaschinerie entgegenstellen und fordern, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen. Vielleicht aber bildet bereits die von Peace Now für den 10. Januar angekündigte Protestkundgebung in Tel Aviv den Auftakt für breitere Friedensaktivitäten. Optimisten zumindest glauben in der Tatsache, dass die der Arbeitspartei nahe stehende Friedensbewegung nunmehr öffentlich in Erscheinung tritt und zur öffentlichen Aktion aufruft, erste Anzeichen für das bevorstehende Ende des Krieges zu sehen. Zu spät für den Dialog mit Hamas und jedem arabischen Führer, der bereit ist, mit Israel zu sprechen, sei es jedenfalls noch nicht, schreibt Daphna Golan von der Hebräischen Universität Jerusalem. Sie fordert ihre akademischen Kollegen dazu auf, alles zu tun, damit auf den »Kriegsschlag« eine »Friedensattacke« folge. »Business as usual«, wie z. Zt. noch an den hiesigen Universitäten gang und gäbe, sei zumindest nicht die richtige Antwort.

Tel Aviv, 9. Januar 2009

Dr. Angelika Timm leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.